

## 9. Bürgerbeteiligung Älterer als Beitrag zur Zivilgesellschaft<sup>146)</sup>

Partizipation Älterer bei Lösungen gesellschaftlicher Fragen wird unumgänglich, wenn in Kürze ein Drittel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein wird. Sie findet auch bereits statt, allerdings meistens nur mitwirkend, nicht mitbestimmend, mitgestaltend, und zwar über die Seniorenvertretungen in Städten und Gemeinden, über Verbände, die in übergeordneten Wohlfahrtsverbänden organisiert sind (z.B. im Paritätischen Wohlfahrtsverband oder der BAGSO<sup>147)</sup>, über Stifts- und Heimbeiräte. Wenn auch die Gewerkschaften Seniorengruppen unterhalten, so haben diese doch ebenfalls wenig zu vermelden, kümmern sich die Gewerkschaften ohnehin vorwiegend um Arbeitsplatzinhaber zu Lasten der Arbeitslosen, die sie nicht organisieren.

Der Begriff der "Zivilgesellschaft" hat, trotz der Erstformulierung 1980, also in der Neuzeit, von **Michael Walzer**, viele Urheber. Die Überzeugung, daß eine entwickelte Zivilgesellschaft zur Stärkung der Demokratie beitrage, entstand nicht erst in den letzten Jahren, sondern beruht auf einer langen Tradition. Sie reicht von **John Locke** (1632-1704) mit seinem Kernanliegen: Schutz vor staatlicher Willkür, über **Montesquieu** 1689-1755) und **Alexis de Tocqueville** (1805-1859), der zivilgesellschaftliche Vereinigungen als Schule der Demokratie fordert, bis zum Altliberalen **Ralf Dahrendorf** mit seinem Konzept der Bürgergesellschaft und **Jürgen Habermas**<sup>148)</sup>. Nach **Dahrendorf** ist die Bürgergesellschaft "eine Welt, die dem einzelnen Lebenschancen offeriert, ohne daß der Staat eine Rolle spielen muß" (1992, zit. nach **Merkel und Lauth**). Die Bürgergesellschaft sei eine aktive Gesellschaft, die zum Tun herausfordere: Etwas tun heiße, selbst etwas tun, in freier Assoziation mit anderen. Es führe zur bunten Welt der freiwilligen Verbände und Organisationen, dann auch zu den autonomen Institutionen, ...also zur Bürgergesellschaft. Sie sei das Medium des Lebens mit Sinn und Bedeutung der erfüllten Freiheit (**Dahrendorf** 1994, zit. nach **Merkel und Lauth**).

Da die Lebenszeit Älterer rapide zunimmt, muß es selbstverständlich werden, daß der Ältere, der sich gesellschaftlich einbringt, genauso an Partizipation in der Zivilgesellschaft teilnimmt, wie der Angehörige der mittleren Generation. Es bestehe schließlich ein Austausch zwischen mittlerer und älterer Generation<sup>149)</sup>. "Das Alter bedeutet für unsere Gesellschaft nicht nur Belastung, sondern auch Gewinn."

---

<sup>146)</sup> Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft sind die synonym gebrauchten deutschsprachigen Übersetzungen des angelsächsischen Begriffs "Civil Society".

<sup>147)</sup> BAGSO = Bundesarbeitsgemeinschaft für Seniorenorganisationen, Bonn.

<sup>148)</sup> Merkel, Wolfgang und Lauth, Hans-Joachim (1999). Was ist eigentlich Zivilgesellschaft? In: ZUKÜNFT, 8.Jg., H. 27. Zukunftsprojekt Bürgergesellschaft. Gelsenkirchen: Sekretariat für Zukunftsforschung (Hg.).

<sup>149)</sup> Kruse, Andreas (2002) a.a.O.

## 9.1 Vernichtet Kommunitarismus Erwerbsarbeitsplätze?

**Keupp** schreibt in seinen "Visionen einer Zivilgesellschaft"<sup>150</sup>), auch er habe zunächst gemeint, es sei gefährlich, wenn der Staat durch Rekrutierung von Ehrenamtlichen aus der Verantwortung für ein professionell und institutionell gut entwickeltes System sozialer Dienstleistungen herauszuschleichen versuche. Seine Skepsis auf mögliche Ausbeutung ehrenamtlicher Tätigkeit durch staatliche Instanzen hielt auch noch weiter an. Dies ist zweifellos ein ernstzunehmender Einwand gegen die Grundsätzliche Idee des Kommunitarismus. Der Vorwurf erfolgt gegen die Neo-Liberalen, die den Staat vehement zurückdrängen wollen, die Eigenverantwortung stärken, an sich positive Forderungen sofern sie nicht die Schwächsten der Gesellschaft treffen.

Vernichtet "bürgerschaftliches Engagement" bezahlte Arbeitsplätze? Werden staatliche und private Sozialunternehmen (sog. NGOs, non-governmental organizations) nicht vordringlich auf Freiwillige abstellen, um Geld zu sparen? Sind sie nicht in einer Zwangslage angesichts leerer Kassen?

"Dennoch hat der Kurswechsel in der Politik bei vielen Menschen, die hauptamtlich dort arbeiten, wo verstärkt fürs Ehrenamt geworben wird, die Furcht vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes ausgelöst..."<sup>151</sup>).

Aber es ist ja nicht so, daß Arbeitsplätze wegfallen, weil Menschen sich unentgeltlich engagieren, sondern diese bewahren das staatliche System an solchen Stellen vor dem Zusammenbruch, wenn sie gesellschaftlich notwendige Aufgaben übernehmen! Hier gilt es, Ängste abzubauen und Überzeugungsarbeit zu leisten. **Max Weber** unterscheidet Gesinnungs- und Verantwortungsethiker<sup>152</sup>). "...nach den 'Folgen' fragt die absolute Ethik nicht." Analog: Der Gesinnungsethiker würde eher einen Systemzusammenbruch riskieren, als einzusehen, daß die Arbeit für die Menschen geleistet werden muß, auch dann, wenn sie nicht mehr bezahlbar ist. Der Verantwortungsethiker geht von der Realität aus, nämlich, daß bestimmte Erwerbsarbeitsplätze bereits weggefallen sind und auch in absehbarer Zeit nicht wiederbelebt werden können. Die Arbeit (für den Menschen) aber bleibt. Worauf soll er noch warten? Er wird sich also freiwillig unentgeltlich engagieren.

Aber, so **Dahrendorf**, man müsse wissen, daß **Max Webers** Unterscheidung (zw. Gesinnungs- und Verantwortungsethik) nicht als Entschuldigung für moralisch inakzeptable Aktionen gewertet werde, das Wort Realpolitik sei deshalb zurecht mißtrauisch zu betrachten<sup>153</sup>).

Wir bekennen uns in erster Linie zur Verantwortungsethik und würden Systemzusammenbrüche zu verhindern suchen.

---

<sup>150</sup>) Keupp, Heiner (1998), a.a.O.

<sup>151</sup>) Ruskamp, Wulf (2001). Das Bürgerland Handbuch. Landesregierung Baden-Württemberg (Hg.) im Auftrag der Interministeriellen Arbeitsgruppe "Ehrenamt/Bürgerschaftliches Engagement".

<sup>152</sup>) Weber, Max (1938/1988), a.a.O. S. 539.

<sup>153</sup>) Dahrendorf, Ralf (1997). After 1989. Morals, Revolution and Civil Society, a.a.O. Textübersetzung von I. Zundel.

Was ist gemeint? Der Begriff "Dritter Sektor" auf dem Arbeitsmarkt ist noch immer unzureichend definiert und daher nicht trennscharf. Bekanntlich ist er begrifflich angesiedelt ergänzend zum Markt, dem ersten Sektor und dem Staat als zweitem Sektor (hier: sog. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen = ABM) und steht im Verdacht, der Niedriglohnsektor zu werden. Zum "Dritten Sektor" zählen außerdem gemeinnützige Unternehmen, Organisationen der alternativen Ökonomie, sog. Non-Profit-Organisationen wie Wohlfahrtsverbände<sup>154</sup>). Diese wiederum beherbergen eine Vielzahl von kleineren Organisationen, wie Weltanschauungsvereine, Tauschbörsen, Seniorengenossenschaften, innovative Beschäftigungsgesellschaften, Stiftungen, vorwiegend auch auf unentgeltlicher, freiwilliger Basis. So entsteht umfänglicher Klärungsbedarf, wenn man sich beim "Dritten Sektor" lediglich auf nicht ent-lohnnte, sondern belohnnte Tätigkeiten bezieht. Er bietet für viele einen Ausweg aus der sog. Arbeitskrise, weil er Eigeninitiative und Kommunitarismus (Gemeinsinn) bei den Bürgern auffrischt. Mag sein, daß auch wegen der unzureichenden Abgrenzung gegenüber dem Profitbereich Konkurrenzängste beim Verteilungskampf zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit bei den auf Gelderwerb Angewiesenen auftreten. **Horch**<sup>155</sup>) stellt die Wertorientierung der Profitorientierung der Wirtschaftsunternehmen gegenüber; Wertorientierung sei allerdings bislang (1983) kaum untersucht. Das hat sich inzwischen geändert (vgl. **Hans Joas**, 1997, Kap. 8.3).

**Ulrich Beck** sieht den Nonprofit-Sektor im "Geleitzug der Moderne" mit funktionaler Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche und damit im gesellschaftlichen Modernisierungsdiskurs. Es handele sich um Suchstrategien für die Zweite Moderne, die sich in ihren Strukturprinzipien grundlegend von der Industriemoderne unterscheide. Er schlägt vor, daß "Gemeinwohl-Unternehmer" im Auftrag der Kommunen Bürgerarbeit verteilen. Diese werde zwar nicht entlohnt, sondern immateriell belohnt durch Qualifikationen, Ehrungen, Anerkennung... oder durch "Favor Credits", wie z.B. einen gebührenfreien Platz in einem Kindergarten. Damit werde auch ein Beitrag "zur Bereicherung der demokratischen Kultur" geleistet...<sup>156</sup>).

Um "Favor Credits" handelt es sich schließlich auch bei den durch bürgerschaftliches Engagement in Tauschsystemen erworbenen Punkten, die den Engagierten begünstigen, sofort oder später äquivalente Dienste in Anspruch nehmen zu können.

Die Organisationen auf dem Non-Profit-Sektor und ihre Befürworter fordern, daß diese vom Staat in ihrer Grundstruktur besser finanziert werden als bisher, was billiger ist, als wenn der Staat bezahlte Arbeitsplätze im Sozialbereich einrichten muß, da er mit seiner finanziellen Unterstützung unentgeltliche Arbeitsleistungen erhält, die ein nicht unbeträchtliches Bruttosozialprodukt substituieren. Zum Ver-

---

<sup>154</sup>) Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel (1997). Helmut K. Anheier, Eckhard Priller et al. (Hg.). Ed. Sigma.

<sup>155</sup>) Horch, H.-D. (1983). Strukturbesonderheiten freiwilliger Vereinigungen. Analyse und Untersuchung einer alternativen Form menschlichen Zusammenarbeitens. Frankfurt a.M., New York: Campus.

<sup>156</sup>) Beck, Ulrich (1986). Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp. S. 365.

gleich: Im Jahre 1991 sind 47 Mrd. bezahlte Arbeitsstunden dokumentiert gegenüber 77 Mrd. unbezahlter Arbeitsstunden! Es gäbe "enorme Betätigungsfelder für den unentgeltlichen Sektor"<sup>157</sup>). Der Staat müßte selbst ein Interesse daran haben, mehr Finanzmittel im Verhältnis zur unentgeltlichen Gegenleistung einzusetzen, da es ihn im Sinne der Daseinsfürsorge entlastet. "Wenn der Staat nur Almosen für den Dritten Sektor übrig hat, setzen manche Akteure auf private Unterstützung. Fundraising, Stiftungen und Sponsoring sind die Zauberworte um den 'Primärsektor der Selbstverwirklichung' voranzubringen", so der Stiftungsberater **Rupert Graf Strachwitz**<sup>158</sup>).

Der Nonprofit-Sektor sei längst nicht mehr eine Residualgröße; seine starke Präsenz sei die Garantie für gesellschaftliche Freiheiten. Hier handelt es sich um ein liberales Modell, d.h. geringe Sozialausgaben und ein relativ großer Nonprofit-Sektor, ein Typus in Ländern mit aufstrebender Mittelschicht<sup>159</sup>).

Als Beispiele für Non-Profit-Organisationen des Dritten Sektors sollen hier focussiert werden:

#### 10. Seniorengenossenschaften und Tauschbörsen

Das Konzept der Seniorengenossenschaften, das in Baden-Württemberg über einen Modellversuch des Stuttgarter Sozialministeriums im Jahre 1990 für vier Jahre ausgeschrieben wurde, ist zweifellos ein übergreifendes, was die Initiierung von Freiwilligenarbeit in Selbsthilfe gegen eine Gratifikation in Zeitgutschriften anbetrifft. Sie werden "als Chiffre für die Überwindung einer segmentierenden, bevormundenden und defizitorientierten Altenhilfe und -politik betrachtet. Leitziele des Altersbildes dieser Chiffre sind Eigenständigkeit, Selbstbewußtsein, Ressourcenorientierung und Bürgerstatus"<sup>160</sup>). Selbsthilfe und Selbstorganisation werden damit zu Weg und Ziel. Die Rahmenbedingungen dafür muß eine "Ermöglichungsverwaltung" (s.vor) stellen. Die Seniorengenossenschaften verstehen sich als "Bedarfsausgleichssysteme"<sup>161</sup>). "Die Aktivierung der eigenen Potentiale für eine größere Gemeinschaft und auch für koordinierende und planende Tätigkeiten bildet den programmatischen Kern der 'Seniorengenossenschaften'"<sup>162</sup>).

Die Funktionsweise der Zeitguthaben ist wie in den Tauschringen ähnlich aufgebaut. Der Unterschied besteht vor allem darin, daß Tauschringe einen möglichst regen Umlauf ihrer Verrechnungseinheiten (s. weiter) und kein Horten von Guthaben anstreben, während Seniorengenossenschaften zum Prinzip haben, Guthaben aus eigener Arbeit für spätere eigene Bedarfsfälle aufzusparen. Im Gegensatz zur Geld-

<sup>157</sup> ) Giarini, O., Liedke, P.M. (1991). „Wie wir arbeiten werden“. Der neue Bericht an den Club of Rome.

<sup>158</sup> ) Zs. ZUKÜNFT, 7. Jg., H. 26, 1999. S. 43.

<sup>159</sup>) Salaman, Lester M., Anheier, K. (1997). Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch. In: Der Dritte Sektor in Deutschland a.a.O.

<sup>160</sup>) Otto, Ulrich (1995), a.a.O., S. 15.

<sup>161</sup>) Otto, Ulrich (1995), a.a.O. S. 127.

<sup>162</sup>) Heinze, Rolf G. und Strünck, Christoph (2000), a.a.O. S.205.